

Dr. Franz Segbers

Zeit für mehr Solidarität

Rede zum 1. Mai 2016, Rüsselheim

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai fällt in diesem Jahr auf einen Sonntag. Das ist nicht nur eine Sache des Kalenders. Beide Tage sind in einem langen Kampf errungen worden. Das Grundgesetz nennt den freien Sonntag klar und unmissverständlich einen „Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“. Zwei Traditionen fließen hier ein: Der Sonntag der Kirchen und der Tag der Arbeitsruhe, für den die Gewerkschaften gekämpft haben. Der Tag der Arbeit, der dieses Jahr auf einen Sonntag fällt, muss auch das Recht der Arbeitnehmer auf einen arbeitsfreien Sonntag im Blick haben. Deshalb gilt heute Morgen unser Gruß und unsere Solidarität zunächst allen Kolleginnen und Kollegen, denen ihr gutes Recht auf einen freien Sonntag gestohlen worden ist.

Wir sind dankbar für die vielen Kolleginnen und Kollegen, die regelmäßig ihren Dienst tun in den Krankenhäusern, den Polizeirevieren oder der Feuerwehr.

Doch es geht nicht um die Arbeit dieser Beschäftigten. Der Sonntag franst aus. Die Zahlen sind alarmierend. Vor zwanzig Jahren haben in Hessen gerade einmal 5 Prozent regelmäßig an Sonn- oder Feiertagen gearbeitet, jetzt tut es jeder siebte Beschäftigte. Das ist eine Steigerung um das Dreifache!

Die FDP lässt trotzdem nicht locker. Sie hat erneut gefordert, die Ladenöffnung prinzipiell an allen Sonntagen zu ermöglichen. Unerträglich ist der enorme Druck auf das Recht der Beschäftigten auf einen arbeitsfreien Sonntag. Dabei hat das höchste deutsche Gericht klargestellt: Die bisherige Rechtslage in Hessen, die FDP und CDU unter Roland Koch geschaffen haben, ist verfassungswidrig. Die Gewerkschaften haben mit den Kirchen die Gerichte gedrängt, der neoliberalen Flexibilisierung Einhalt zu gebieten.

Ich freue mich über die Erfolge der Allianz für den Sonntag aus Gewerkschaften und Kirchen. Die Stadt Frankfurt und anderen Städten wollten sich überheblich über jede höchstrichterliche Rechtsprechung hinwegsetzen. Per Gerichtsbeschluss musste in Frankfurt ein verkaufsoffener Sonntag per Gerichtsbeschluss abgesagt werden. Die Gerichte haben Kochs Sonntagsöffnungen kassiert. Doch die Kommunen interessiert das nicht. Sie tun so, als ob es diese höchstrichterlichen Urteile nicht gäbe. Morgen wird es deshalb auch eine Pressekonferenz von Kirchen und Gewerkschaften gegen das alte Denken in den Kommunen geben, das die Rechtsprechung einfach nicht wahrhaben will.

Wer den Sonntag dem Geschäftemachen und dem Konsum opfert, der zerstört eine soziale, kulturelle und zivilisatorische Errungenschaft. Diese Errungenschaft ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist erkämpft worden und muss immer wieder verteidigt werden. Denn die Gegner geben keine Ruhe.

Der 1. Mai an einem Sonntag ist ein Kampftag – für die Kirchen und die Gewerkschaften.

Man will nicht nur den Sonntag weg haben. Die Arbeitgeber wollen jetzt auch weg vom Acht-Stunden-Tag. Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer fordert, die Tageshöchst-arbeitszeit von 8 Stunden abzuschaffen. Die Arbeit soll über die ganze Woche flexibel verteilt werden. Man gibt sich modern: Wenn in Rüsselsheim die Nachtschicht um 10 Uhr abends nach Hause geht, beginnt in den USA die Frühschicht. Der 8-Stunden-Tag und arbeitsfreie Sonn- und Feiertage stören dann nur. Die Arbeitgeberverband fordert: „Die Möglichkeit, weltweit vernetzt zu arbeiten, wird durch das Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit in Deutschland beschränkt.“

Was will man?

Man will das ganze Leben dem Markt anpassen. Das ist ein neoliberaler Imperialismus. Alles wird verwirtschaftet, einschließlich die Sonn- und Festtage. Man will einen Beschäftigten, der sein ganzes Leben, seine Familie, seine Freizeit dem Unternehmen unterordnet. Wann jemand Zeit für die Kinder hat, Familienangehörigen pflegen oder zum Fußballverein geht oder einfach mal faul ist, das soll dann die Konjunktur der Betriebe bestimmen.

Gegen diesen Appetit der Unternehmen auf die ganze Zeit der Menschen sage ich: Wir brauchen keine Eingrenzung der Arbeitszeit. Umgekehrt: Mobile Arbeit braucht Grenzen. Der Acht-Stunden-Tag ist kein Auslaufmodell. Der Acht-Stunden-Tag ist ein Schutzwall gegen den Zugriff des Unternehmens auf die ganze Zeit des Lebens. Die Zeit, die wir haben, ist unsere Zeit. Wie müssen unsere Lebenszeit verteidigen gegen die Zeiträuber. Wir müssen unsere Zeit wieder aneignen. Es ist unsere Zeit.

Der Sonntag ist aus dem Sabbat der Bibel hervorgegangen. Die Bibel begründet diese älteste Arbeitsschutzgesetzgebung mit der Begründung: Sechs Tage sollst du arbeiten. Aber am siebten Tag ist Sabbat. Erinnerung dich daran, dass du Sklave warst in Ägypten.

Erinnern wir uns hier in Rüsselsheim: Anfang der 80er Jahre wurde auf einer Betriebsversammlung bei Opel erstmals der 7 Stunden-Tag gefordert. Opel hat in der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche eine wichtige Rolle gespielt. Immer war klar: Die wirtschaftliche Produktivität muss mit einer Verkürzung der Arbeitszeit einhergehen. Sonst entsteht Arbeitslosigkeit. Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung war aber immer mehr. Er war und ist ein Kampf um ein gutes Leben. Genau das war gemeint mit dem genialen Logo der aufgehenden Sonne und der Zahl 35 mit dem Motto „Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen“.

Wer den Sonntag zerstört, wer die Feiertage verwirtschaftet, der zerstört die Solidarität und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Man muss gemeinsame Zeit haben, um sich treffen zu können in der Familie, mit Freunde, in der Nachbarschaft.

Wohin man kommt, wenn man diesen solidarischen Zusammenhalt in der Gesellschaft zerstört, zeigt die jetzige Debatte um die Altersarmut. Alle Dämme scheinen zu brechen. Jetzt fordert Finanzminister Schäuble gar die Rente mit 70.

Die Politik hat die gesellschaftliche Solidarität mutwillig deformiert. Das ist der Grund für die Rückkehr der Altersarmut. Erinnerung wir uns: Es gab einmal eine anständige Rente. Altersarmut war im Grund bekämpft. Die Rentenreform in den 50er Jahren hatte Hunderttausende aus Altersarmut herausgeholt. Grundlage dieser Rentenreform war die Solidarität:

Solidarität hat den Namen Generationenvertrag. Solidarität in der Rente heißt: Die eine Generation, die arbeitet, steht ein für die Generation, die nicht mehr arbeitet. So einfach ist das.

Diese Rentenreform von 1957 zeigt: Die Politik kann Altersarmut abschaffen. Die Riesterrente zeigt: Politik kann willkürlich und mutwillig diese Solidarität zerstören. Die Altersarmut, die wir jetzt haben, war ökonomisch gewollt. Sie wurde politisch gemacht.

Wer monatlich 2.600 Euro brutto verdient, der muss 33 Jahre Vollzeit arbeiten, um später eine Rente zu bekommen, die gerade über der Grundsicherung liegt. Die halbe Gesellschaft hängt dann von der Grundsicherung ab.

Da jeder dritte sozialversichert Beschäftigte weniger als 2.500 Euro verdient, droht Millionen Menschen ein würdeloses Altern.

Keiner soll jetzt so scheinheilig tun, dass er überrascht war. Die Absenkung des Rentenniveaus war gewollt. Jeder kannte die Zahlen!

Es war die Agendapolitik der rot-grünen Koalition, die diese Solidarität der Rente zerstört hat. Sie hat das Rentenniveau abgesenkt. Sie hat davon erzählt, dass man zur Kompensation der Kürzungen eine private Kapitalversicherung abschließen soll, die Riesterrente.

Jetzt sehen wir bei der Riesterrente:

Wer sich bei der Sicherung der Rente auf die Finanzmärkte verlässt, der ist verlassen.

Erneut zeigt sich:

Allein die Solidarität der Generationen, allein die Solidarität derer die arbeiten mit denen, die nicht mehr arbeiten, ist eine tragfähige Basis für eine Altersvorsorge.

Wer hier einen Konflikt zwischen den Generationen herbeiredet, der verdeckt, dass wir es tatsächlich mit einer anderen Spaltung zu tun haben:

Es gibt arme Alte und reiche Alte und es gibt arme Junge und reiche Junge.

Unser Problem ist die heute bestehende Verteilungsgerechtigkeit der jetzt lebenden Generationen, nicht ein Konflikt zwischen den Generationen. Die Generationen-

gerechtigkeit wird schon heute innerhalb derselben Generation verletzt – zwischen den jetzt Wohlhabenden und den jetzt Armen.

Hinter dem Bild der wenigen Jungen, die über Gebühr für die satte Rente von wohlhabenden Alten arbeiten müssten, verbirgt sich ein Verteilungskonflikt innerhalb derselben Generation.

Auf diese Verteilungsfrage müssen wir eine Antwort geben.

Man wagt es, uns zu sagen, dass dieses reiche Land keine anständige Rente sichern könnte. Das ist eine Frage des politischen Willens.

Ob der Lebensunterhalt im Alter durch eine Umlage oder durch eine kapitalgedeckte private Vorsorge erfolgt, ist ökonomisch unerheblich. Immer muss von den jetzt Arbeitenden zu den jetzt nicht mehr Arbeitenden umverteilt werden.

Denn letztlich kann die Rente immer nur aus der Wirtschaftskraft bezahlt werden. Die Frage ist nur, ob die Solidarität der Generationen oder die Börse dazwischen geschaltet wird.

Doch es gibt einen großen Unterschied: Beim Umlageverfahren haben alle Rentner an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes teil. Das hat mit Solidarität zu tun.

Bei der Riesterrente entscheidet sich die Höhe der Rente nach den eingezahlten Beiträgen und der Entwicklung auf dem Finanzmarkt. Die Höhe der Einzahlungen hängt aber ab von der Höhe des Einkommens des Kapitalsparers. Wer mehr Einkommen hat, kann auch mehr für seine Altersvorsorge abzweigen. Das Kapitaldeckungsverfahren kennt keine Solidarität.

Anders das solidarische Umlageverfahren bei der Rente.

Hier gibt es eine Solidarität zwischen den Generationen. Die jetzt Arbeitenden finanzieren die Rente der jetzt nicht mehr Arbeitenden.

Es ist nicht so, dass bei einer Anhebung des Rentenniveaus allein die heutigen Rentnerinnen und Rentner profitieren. Vielmehr auch die Jungen. Sie profitieren später ja auch von einem höheren Rentenniveau.

Wer die Reformdebatte über das Rentensystem und nicht über das Lohnsystem führt, der blendet die Ursachen der Altersarmut aus. Altersarmut entsteht durch Löhne, die nicht zum Leben reichen, durch sozialversicherungsfreie Erwerbsformen sowie durch Arbeitslosigkeit. Gute Renten brauchen gute Löhne. Wir brauchen keinen Niedriglohnsektor, sondern wieder anständige Löhne. Dann kommt auch wieder Geld in die Rentenkasse. Hungerlöhne von heute sind die Hungerrenten von morgen. Keine Arbeit ohne Sozialversicherung.

Wer Altersarmut bekämpfen will,

- der muss einen Mindestlohn einführen, der vor Armut trotz Arbeit schützt - und das tut ein Mindestlohn von 8,50 Euro nicht!
- der muss die Zeiten der Arbeitslosigkeit in die Rentenbemessung wieder einführen,
- der muss die Entgeltpunkte für Niedriglohnverdiener anheben,
- der muss die Rentenabschlägen bei vorzeitigem Ausscheiden wieder abschaffen
- der muss eine Grundrente einführen, die über der Grundsicherung liegt und
- vor allem – und das ist zentral - die Absenkung des Rentenniveaus muss wieder weg

Erst dann, wenn Solidarität und Gerechtigkeit wieder zur Grundlage für eine nachhaltige Rentenpolitik gemacht werden, kann die Rente vor Armut schützen. An einer Stärkung der umlagefinanzierten, lebensstandardsichernden Rente führt kein Weg vorbei.

Rente muss wieder zu einer Lohnersatzleistung werden. Dreh- und Angelpunkt ist die Zurücknahme der Senkung des Rentenniveaus und der heimlichen Rentenkürzung durch die Rente mit 67.

Nach wie vor fehlt bei fast allen Parteien ein überzeugendes Konzept gegen den weiteren dramatischen Abfall der Altersrenten und den Anstieg der Altersarmut. Doch nicht nur das:

Es fehlt vor allem der Mut zu sagen, dass die bisherige Rentenpolitik seit Rot-Grün gescheitert ist. Sie hat zu Armut im Alter geführt.

Vor allem aber müssen die Politiker endlich eingestehen: Die privatfinanzierte Riesterreute ist nicht die Lösung des Rentenproblems. Sie ist das Problem. Sie kann die Absenkung des Lebensstandards nicht auffangen.

Es wäre keine Schande, wenn die Politiker zugeben würden, dass die private kapitalabhängige Riesterreute nicht hält, was man sich von ihr versprochen hat. Eine Schande aber ist es, diese Wahrheit zu verschweigen.

Das sagen, braucht Mut. Doch wer die Altersarmut verhindern will, der muss diesen Mut aufbringen.

Die Renten,- Kranken- und Pflegeversicherung muss zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, in die eine armutsfeste Mindestrente eingebaut ist. Das alles ist kein rententechnisches Problem, sondern im Grunde eine Frage der Solidarität. Ein auf den ökonomischen Grundtatsache und der Solidarität entwickeltes System der Alterssicherheit kann dem demografischen Wandel in Ruhe entgegensehen.

Deshalb kann die Forderung nur lauten: Die Riesterrerte muss weg.

Wir brauchen wieder eine Rente, die vor Armut schützt. Das geht, wenn alle Bürgerinnen und Bürger und alle Vermögen in die Rentenkasse einzahlen. Dann gehört Altersarmut der Vergangenheit an.

Die Frucht der neoliberalen Zerstörung der sozialen Sicherung geht auf. Die Wahlerfolge der AfD haben mit der neoliberalen Zerstörung der sozialen Sicherung zu tun. Die Politiker irren, wenn sie meinen, die Erfolge der AfD allein mit dem Flüchtlingsthema zu erklären. Im Land entlädt sich eine Unzufriedenheit über eine neoliberale Politik, die das Leben der Menschen unsicher gemacht hat. Seit Jahren wurde Politik gegen die Menschen gemacht worden ist. Bundessozialministerin Nahles spricht EU-Ausländern das Recht auf das Existenzminimum ab, wenn sie nicht zuvor mindestens fünf Jahre in Deutschland gearbeitet haben. Damit treibt die SPD die Agenda der innereuropäischen Entsolidarisierung nun noch weiter voran als der konservative britische Premierminister David Cameron. Er hat in seinem Land eine Erhöhung der Sperrfrist auf vier Jahre plant. Diese Brandrodung der deutschen Sozialgesetzgebung richtet sich gegen ein Urteil des Bundessozialgerichts und gegen die Menschenrechte!

Wie üblich bei solchen Ideen ignoriert auch dieser Vorstoß jedoch die geltende Rechtsprechung. So schreibt ein Urteil des Bundessozialgerichtes vor, dass EU-Bürger ab einem halben Jahr Aufenthalt im Land die gesetzliche Grundsicherung beantragen können. Vorausgesetzt ist jedoch schon jetzt, dass der Antragsteller nicht nur nach Deutschland gekommen ist um staatliche Gelder zu kassieren. In diesem Fall stehen den Ämtern ohnehin schon Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung.

Es gibt für niemanden, der diesen Rattenfängern der AFD hinterherläuft, eine Entschuldigung. Wenn aber die etablierten Parteien daran etwas ändern wollen, dann sollten sie dem neoliberalen Zerfleddern und der Zerstörung des Sozialstaates ein Ende machen und für Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität in diesem Land sorgen.

Seit Jahren geht das Wachstum allein an die Vermögenden, während bei den Beschäftigten die Löhne stagnieren.

Schon bevor die Flüchtlinge ins Land kamen, gab es keine günstigen Wohnungen. Man hat den sozialen Wohnungsbau von 6 Millionen auf 1,6 Millionen geschrumpft. Schon vor den Flüchtlingen gab es einen ausufernden Niedriglohnsektor. Sie haben nichts getan: Unter dem Diktat der Schuldenbremse unterblieben dringend notwendige Investitionen in die soziale und materielle Infrastruktur für alle, ob Geflüchtete oder nicht.

Die Kanzlerin hat im vergangenen September eine humanitäre Geste gewagt. Das war auch gut so. Es genügt nicht zu sagen „Wir schaffen das“. Wir brauchen einen Aufbruch zu Solidarität und Gerechtigkeit.

Der arme Teil der deutschen Gesellschaft darf nicht gegen die Arme, die als Flüchtlinge zu uns kommen, ausgespielt werden. Es darf keine Konkurrenz geben zwischen Flüchtenden und den Niedriglöhnern in unserem Land um dieselben schlecht bezahlten, prekären Jobs, nicht um dieselben schlechten Wohnungen. Wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir die Gerechtigkeitsfrage stellen.

Mit den Flüchtenden und mit den arm Gemachten in unserem Land müssen wir gemeinsam die Gerechtigkeitsfrage auf die Tagesordnung setzen.

Die Flüchtenden sind Botschafter weltweiten Unrechts.

Dazu ein Zitat, das uns helfen kann, der Wirklichkeit in die Augen zu blicken:

„Das derzeitige Flüchtlingsphänomen in Europa ist nur die Spitze eines Eisbergs. Wir sehen diese Flüchtlinge, diese armen Menschen, die vor dem Krieg, vor dem Krieg und dem Hunger flüchten. Aber an der Wurzel gibt es eine Ursache: ein böses, ungerechtes sozio-ökonomisches System. Auch mit Blick auf die ökologische Krise gilt: Der Mensch muss im Zentrum des Systems, der Politik stehen. Doch das heute dominierende Wirtschaftssystem hat den Menschen an den Rand gedrängt und stattdessen den Gott Geld, das Idol der Stunde, ins Zentrum gerückt. Man muss also an die Ursachen herangehen – da, wo Hunger herrscht, muss man Arbeitsmöglichkeiten schaffen und investieren. Da, wo der Krieg die Ursache ist, muss man sich um den Frieden bemühen. Das herrschende Wirtschaftssystem hat Geld und nicht die Person in den Mittelpunkt gestellt. 17 Prozent der Weltbevölkerung besitzen 80 Prozent des Reichtums. Heute führt die Welt Krieg gegen sich selbst!“

Vom wem mag diese Wort stammen? Es stammt von Papst Franziskus.

Papst Franziskus sagt deutlich, dass wir keine Flüchtlingskrise haben. Mit den Flüchtlingen kommt eine globale Normalität des Kapitalismus zu uns. Neu für uns ist, dass der Schrecken, der für Millionen Menschen normal ist, jetzt hier erfahrbar wird. Wir bekommen eine Ahnung davon, wie es weltweit zugeht. Wir leben auf keiner Insel. Unser Land ist Teil einer Welt voll Kriegen, Terror, Unrecht und Gewalt. Die Flüchtenden kommen in unser Land und bringen uns eine Botschaft: Die soziale Krise in unserem Land und die weltweite Flüchtlingskrise können nur gemeinsam gelöst werden.

Die Flüchtlingsfrage deckt die Ungerechtigkeit hierzulande auf

Unsicherheit und Ängste in der Bevölkerung sind verbreitet und auch verständlich. Für viele Menschen auch bei uns ist das Leben tatsächlich hart geworden. Schuld daran sind allerdings nicht die Zuwanderer, sondern eine Politik des Sozialabbaus.

Die wirkliche tiefe Spaltung in Deutschland ist nicht die Spaltung zwischen den Deutschen und den Flüchtlingen, die zu uns kommen, sondern die Spaltung zwischen Arm und Reich.

Deshalb gilt: Wer über die wachsende Unzufriedenheit in diesem Land, wer über Armut reden will, darf über Reichtum nicht schweigen.

Die Politik betreibt eine Politik der Reichtumsförderung für die Vermögenden. Es fängt damit an, dass die Politik sich weigert, zu verlässlichen und belastbaren Fakten über Reichtum und Vermögen zu kommen. Im letzten Sozialbericht in Hessen war auf über 400 Seiten von Armut die Rede, doch nur auf anderthalb über Reichtum.

Offensichtlich will die Landesregierung nicht den Schleier, der über den Geldmachtstrukturen liegt, lüften. Auch im nächsten Sozialbericht soll der Schleier über den Reichtum in diesem Land nicht gelüftet werden. Ich bin gespannt, ob der gründer Wirtschaftsminister Tarik Al Wazir hier den Konflikt mit der CDU wagt.

Wer aber über Reichtum schweigt, der sollte auch über Armut nicht reden.

Worüber reden wir, wenn wir von Reichtum reden?

Manche sagen: Reich ist, wer über das Doppelte des durchschnittlichen Nettoeinkommens verfügt.

Das alles ist noch kein Reichtum. Wer so redet, der verwechselt, dass Privateigentum an Gebrauchsgütern etwas anderes ist, als Privateigentum an Produktionsmitteln. Denn wer Eigentum an Produktionsmitteln hat, der nimmt fremde Arbeit in Anspruch, um sein Vermögen zu mehren.

Man darf nicht aus der Froschperspektive von unten auf Reichtum schauen. Wir müssen den Superreichtum in diesem Land in den Blick nehmen.

Es geht um die kleine Spitze ganz oben, das eine Prozent, das über 99 Prozent des Reichtums in diesem Land besitzen, ist ein „exklusiver Reichtum“. Das reichste eine Prozent, etwa 800.000 Menschen besitzen genau so viel wie alle übrigen 80 Millionen Menschen in Deutschland.

Es war die Politik, die mit der Agenda 2010 den größten Niedriglohnsektor in Europa geschaffen. Und sie hat gleichzeitig die Gewinne der Banken aus dem Verkauf der Industriebeteiligungen steuerfrei gestellt. Sie hat eine Finanz- und Steuerpolitik gemacht, welche die Vermögenden begünstigt und eine massive Umverteilung von unten nach oben organisiert hat. Sie verzichtet auf eine Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschaftssteuer.

Die gute Nachricht zuerst: Deutschland war noch nie so reich wie zurzeit.

Doch die schlechte Nachricht lautet: Dieser Reichtum ist so schief verteilt wie nie zuvor.

Das eine reichste Prozent hat so viel wie die übrigen 99 Prozent.

Die obersten 80.000 Wohlhabendsten im Lande haben ein Vermögen, das 16-mal so groß ist wie das ganze Vermögen der unteren Hälfte der Bevölkerung.

Die untere Hälfte der Gesellschaft muss sich gerade einmal ein Prozent des gesamten Vermögens teilen. Deutschland zählt im internationalen Vergleich zu den Ländern mit der höchsten Vermögensungleichheit. Deutschland hat ein massives Gerechtigkeitsproblem.

Der exklusive Reichtum wird nicht erarbeitet. Er wird von Generation zu Generation vererbt. Wir leben in einem Vererbungskapitalismus. Wir erleben eine schleichende Re-Feudalisierung unseres Landes.

Die Namensliste der neuen Feudalherren ist bekannt:

Vermögen der Familie Quandt 31 Mrd. Euro, Vermögen der Albrechtbrüder 35 Mrd. Euro, Vermögen der Schäffler 17 Mrd. Euro oder Schrauben Würth hat 8 Mrd. Euro Privatvermögen. Die Familien Porsche und Piëch bekommen trotz Krise bei VW allein in diesem Jahr mehr als 150 Millionen Euro Dividende.

Haben wir eine Vorstellung, was dieser Reichtum bedeutet?

Dazu ein Beispiel: Der Drogeriemarktbesitzer Roßmann nimmt auf der Reichenliste in Deutschland den Rang 41 ein. Sein Vermögen beträgt 1,700 Milliarden Euro.

Wie viel ist das wirklich? Eine Frau Müller, die im Drogeriemarkt arbeitet, verdient als Verkäuferin monatlich: 1.830 Euro, jährlich also 21.960 Euro. Um das Vermögen von Herrn Roßmann zu erreichen, müsste unsere Verkäuferin Frau Müller unglaubliche 77.413 Jahre arbeiten. Und in der Zeit dürfte sie nichts von dem Geld aufbrauchen, sondern müsste alles sparen. Niemand auf der Welt kann so viel arbeiten, dass er eine Milliarde Euro und mehr Vermögen aufbauen kann.

Deutschland ist tief gespalten – in Superreiche und den Rest. Diese Ungerechtigkeit ist nicht vom Himmel gefallen, ist auch kein Naturereignis. Sie ist ökonomisch gewollt und wurde politisch gemacht.

Unsere Gesellschaft wird immer mehr zu einer Gesellschaft, die von den Superreichen beherrscht wird. Wir leben in einem „Imperium des Geldes“, wie Papst Franziskus zu Recht sagt. Daraus hat er gefolgert: „Wir sagen Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der sozialen Ungerechtigkeit, wo das Geld regiert, anstatt zu dienen. Diese Wirtschaft tötet. Diese Wirtschaft schließt aus. Diese Wirtschaft zerstört die Mutter Erde.“

Wie die Bereicherung stoppen?

Was politisch gemacht worden ist, kann auch politisch korrigiert werden. Und eine solche Korrektur ist überfällig. Die "Panama-Enthüllungen" haben nochmal klar gemacht: Steuerflucht und Steuerhinterziehung müssen endlich wirksam bekämpft werden. Auch in Deutschland. Experten schätzen, dass mindestens 400 Milliarden Euro deutsches Schwarzgeld weltweit in Steueroasen liegt.

Bekannt ist, was zu tun wäre:

Sonderabgabe für Einkommensmillionäre,

Steuerpflicht auf weltweite Einkommen,

Vermögensabgabe,

gerechte Steuern, wo die starken Schultern mehr tragen müssen als die schwachen,
gerechte und

faire Erbschaftssteuern,

Körperschaftssteuer für große Unternehmen,

Finanztransaktionssteuer,

Trockenlegung des kriminellen Steueroasensumpfs.

Große Betriebsvermögen müssen zu Belegschaftsvermögen werden, damit die Arbeit Tausender nicht zum Vermögensaufbau Einzelner dient oder den Kasinokapitalismus befeuert.

Der exklusive Reichtum in unserem Land ist wirtschaftlich funktionslos und gesellschaftlich parasitär. Deshalb ist es an der Zeit, ihn so hoch zu belasten, dass er den

gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Frieden in der Gesellschaft nicht weiter zersetzen kann.

Das ist ein Ausdruck der Solidarität, die unser Land braucht. Für diese Solidarität ist es höchste Zeit.

Der exklusive Reichtum muss sich wieder nützlich machen für die Gesellschaft:

für die Finanzierung der öffentlichen Güter, Sozialleistungen, öffentliche Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Pflege, ökologischer Umbau der Verkehrssysteme, Energieversorgung und Ernährungsweisen; um kommunale Einrichtungen (Bibliotheken, Schwimmbäder, Jugendzentren) wieder für alle zugänglich zu machen; um eine soziale Demokratie wiederherzustellen.

Das Geld muss dort genommen werden, wo es ungerechterweise in den letzten Jahren mit Unterstützung der herrschenden Politik aufgestapelt wurde: bei den Reichen und Superreichen. Es geht um das superreiche eine Prozent der exklusiv Reichen in unserer Gesellschaft. Er muss sich wieder gesellschaftlich nützlich machen.

Deshalb ist Mut gefordert. Denn Vermögen ist mit Macht ausgestattet.

Hätte die Politik den Mut, dann stünde Geld zur Verfügung für eine bessere Bildung, Kinderbetreuung und Pflege alter Menschen, eine würdige Rente, für die Abschaffung von Armut und die Beschäftigung im öffentlichen Dienst, bezahlbaren Wohnraum, eine Mindestrente von 1.050 Euro und Hartz-IV-Regelsätze, die vor Armut schützen. Würde man nur den Zuwachs an Vermögen, das die Millionäre Jahr für Jahr erzielen, dem Staat zuführen, dann wäre der Bund bereits nach sechs Jahren und zweieinhalb Monaten schuldenfrei!

Wir brauchen eine gerechte Gesellschaft, in der die Verteilung der Vermögen und des Reichtums ausgeglichen ist. Das schafft Wohlstand und Frieden für alle. Alle leben besser in gerechten Gesellschaften. Wir brauchen eine demokratische Gesellschaft, in der die Menschenwürde im Mittelpunkt steht und nicht das Gewinnstreben. Deutschland ist reich genug für ein auskömmliches, würdiges Leben für alle - ohne bittere Armut für die einen und Superluxus für die Wenigen. Erstmals in der Geschichte der Menschheit ist objektiv genug für alle da. Doch für die unermessliche Gier der Wenigen ist nie genug da. Das Heilmittel ist die Solidarität. Es ist höchste Zeit für Solidarität.